

Die Ablehnung
des Einsatzes in Afghanistan
wurzelt in der
Unaufrechitigkeit der Politik

Das Gespenst des Postheroismus

Ralph Rotte/Christoph Schwarz

Bereits ein kurzer Blick in die Kriegsgeschichte verdeutlicht, wie sehr sich die politische und gesellschaftliche Toleranz gegenüber eigenen militärischen Verlusten im Verlaufe der vergangenen hundert Jahre verändert hat. Undenkbar, dass beispielsweise während des Ersten Weltkrieges, zu dem der „Kindermord in Flandern“ ebenso zählt wie die sogenannte „Blutmühle“, als die die auch heute noch Grauen erweckende Schlacht um die französische Festung Verdun in das kollektive Gedächtnis Deutschlands und Frankreichs einging, der Tod von sieben Soldaten in zwei getrennten Gefechten überhaupt ein mediales Echo gefunden hätte. Heute dominieren derartige Ereignisse die Schlagzeilen der Medien ebenso wie die politische Diskussion – und das ist gut so. Viel zu lange sind der Einsatz und gegebenenfalls auch der Verlust des eigenen Lebens zur staatsbürgerlichen Pflicht des Bürgers gegenüber dem Staat stilisiert worden und in aus heutiger Sicht geradezu unglaublicher Zahl mehr oder weniger selbstverständlich hingenommen worden.

Kritischer hingegen sollte die Entwicklung betrachtet werden, den Tod im militärischen Einsatz als etwas völlig Ungewöhnliches gewissermaßen mit ungläubigem Erstaunen zur Kenntnis zu nehmen. Das Risiko, das eigene Leben im Gefecht zu verlieren, ist in Zeiten einer „Revolution in militärischen Angelegenheiten“ mit lasergelenkten Bomben und aus Tausenden Kilometer Entfernung gesteuerten Drohnen zentrale Grundkon-

stante des Kriegsgeschehens auch im ein- und zwanzigsten Jahrhundert. Dies vermag freilich nur der zu erkennen und zuzugeben, der sich nicht trotz des offensichtlichen Gegenteils viel zu lange daran klammert, dass es sich lediglich um einen „Stabilisierungseinsatz“ handele, welcher in erster Linie dem zivilen Wiederaufbau gelte.

Angst vor dem Souverän

Die Vermeidung einer zumindest semantischen Kurskorrektur, die der vormalige Verteidigungsminister Franz-Josef Jung an den Tag legte, lässt sich nicht nur mit etwaigen völkerrechtlichen Vorbehalten gegenüber der Verwendung des Kriegsbegriffs erklären. Auch die im Falle Deutschlands aus historischer Sicht wohl begründete Aversion gegenüber dem Gedanken, auf der internationalen Bühne wieder als kriegsführende Partei zu erscheinen, vermag diese Verweigerungshaltung gegenüber dem tagtäglichen Geschehen in Afghanistan nicht hinreichend zu erklären. Ein zentraler Aspekt ist die seit mehr als einem Jahrzehnt in den Entscheidungszentren aller industrialisierten Staaten grassierende Angst vor der vermeintlich risikoaversen Disposition des Souveräns: Ein Gespenst geht um in Europa und den USA – die Befürchtung, dass sich die gesellschaftliche Zustimmungsrate zum militärischen Engagement des jeweiligen Staates umgekehrt proportional zu den auftretenden eigenen (und in geringerem Maße auch gegnerischen) Verlusten entwickelt. Nicht

von ungefähr hat die amerikanische Regierung unter Präsident George W. Bush die Veröffentlichung jeglichen Bild- und Filmmaterials untersagt, welches die Heimkehr gefallener US-Soldaten zeigte. Auch vor diesem Hintergrund fand die medienwirksam in Szene gesetzte Anwesenheit Präsident Obamas bei der Ankunft gefallener Angehöriger des amerikanischen Militärs auf dem Stützpunkt Dover ein breites Echo auf beiden Seiten des Atlantiks. Auch in Großbritannien steht die angenommene postheroische Disposition weiter Bevölkerungsteile gegenwärtig im Zentrum der sicherheitspolitischen Debatte: So warnte Armee-minister Rammell jüngst davor, dass die Interventions- und Durchhaltefähigkeit des britischen Militärs durch eine abnehmende gesellschaftliche Toleranz gegenüber den personellen Kosten von Kampfeinsätzen zur Abwehr aktueller Bedrohungen deutlich eingeschränkt werden könnte. In Deutschland, wo bereits seit geraumer Zeit eine Mehrheit der Bevölkerung den Einsatz deutscher Streitkräfte in Afghanistan ablehnt, ist mit Gewissheit davon auszugehen, dass die in dieser Dimension bisher ungekannten Verluste dazu beitragen werden, den Ruf nach einem Abzug weiter zu befeuern.

Postheroische Gesellschaften zeichnen sich, so die These, dadurch aus, dass sie als Resultat eines sozialen und kulturellen Wandlungsprozesses zur Kriegsbereitschaft notwendige Eigenschaften wie Opferwillen, militärisch geprägte Ehrenkodizes oder ein nationales Selbstbewusstsein in zunehmendem Maße verloren haben. Hinsichtlich der Ursachen besteht keine Einigkeit, vielmehr wird ein bunter Strauß potenziell ausschlaggebender Entwicklungen genannt: Hierzu gehört der Übergang von der agrarischen zur urbanen Gesellschaft ebenso wie die in entwickelten Gemeinwesen mit zunehmendem Entwicklungsstand abnehmende Geburtenrate. Diese bedinge die

insgesamt abnehmende Bereitschaft, das Leben des möglicherweise einzigen Kindes durch Militärdienst und Kriegseinsatz aufs Spiel zu setzen. Auch die im Zeitverlauf zu beobachtende Erosion der mit Patriotismus und Nationalismus verbundenen Opferbereitschaft wird ebenso als mögliche Ursache genannt wie die in den vergangenen Jahrzehnten zu beobachtenden Individualisierungstendenzen. Im Ergebnis bedingt die postheroische Mentalität eine insgesamt zunehmende Bedeutung des Elements des Eigenschutzes in der Planung und Durchführung militärischer Einsätze, die sich nach Ansicht des amerikanischen Politikwissenschaftlers Jeffrey Record im Extremfall in einen wahren *force protection fetishism* verwandeln kann. Zu dieser am Beispiel des Einsatzes der amerikanischen Streitkräfte im Kosovokrieg 1999 gemachten Beobachtung passt die seinerzeitige Feststellung des Vorsitzenden der Vereinigten Stabschefs der USA, Henry Shelton, der gegenüber Pressevertretern darauf verwies, dass es die oberste Aufgabe der politischen und militärischen Führung seines Landes gegenüber der amerikanischen Gesellschaft sei, den Verlust eigener Soldaten nach Kräften zu vermeiden.

Fragwürdige empirische Basis

Als Beispiel für die tatsächliche postheroische Verfasstheit westlicher Gesellschaften und hier insbesondere der USA wird regelmäßig auf den Abzug des amerikanischen Truppenkontingents aus Somalia nach dem Verlust von achtzehn Soldaten im Verlauf des missglückten Versuchs zur Festnahme des damaligen Rebellenführers General Aidid im Jahr 1993 verwiesen. Im Anschluss an das stundenlange Gefecht wurden die geschändeten Leichen von US-Soldaten durch die Straßen Mogadischus gezogen; die Bilder erschienen weltweit zur „Primetime“ auf den Bildschirmen und lösten Entsetzen

und Empörung aus. Unter dem Begriff des „CNN-Effekts“ oder auch „Mogadischu-Effekts“ wird seither der folgende Abzug der amerikanischen Truppen auf die derart erreichte Unterminderung der Unterstützungsreichweite der amerikanischen Bevölkerung für militärische Abenteuer zurückgeführt. Auch Osama bin Laden hat aus den Ereignissen in Somalia den Schluss gezogen, dass die seiner Ansicht nach dekadente amerikanische Gesellschaft nicht in der Lage sei, militärische Verluste zu ertragen, und daher in der Konfrontation mit El Kaida zwangsläufig unterliegen müsse: ein folgenschwerer Irrtum, den er mit der fast vollständigen Zerschlagung der ursprünglichen Organisationsstruktur seines Terrornetzwerks im Anschluss an die verheerenden Anschläge von New York und Washington bezahlt hat.

Nicht erst die seit 9/11 durch die amerikanische Öffentlichkeit demonstrierte Bereitschaft zur Akzeptanz militärischer Verluste, wie sie seit dem Vietnamkrieg nicht mehr aufgetreten sind, lässt begründete Zweifel an einem direkten Kausalzusammenhang zwischen eigenen Kriegstoten und gesellschaftlicher Zustimmung vermuten. Auch mit Blick auf die Ereignisse in Somalia zeichnen Analysen des Entscheidungsverhaltens der amerikanischen Führung und Meinungsumfragen ein anderes Bild: Nicht nur war im unmittelbaren Anschluss an den verlustreichen Einsatz in der somalischen Hauptstadt ein *Anstieg* der gesellschaftlichen Zustimmungsrate zu beobachten. Darüber hinaus war der Abzug der amerikanischen Truppen innerhalb der Clinton-Administration bereits *vor* dem gescheiterten Zugriffsversuch beschlossene Sache, er war lediglich noch nicht öffentlich bekannt gegeben worden.

Verschiedene Kommentatoren haben in den vergangenen Jahren darauf verwiesen, dass die These des unterstellten direkten Kausalzusammenhangs zwi-

schen eigenen Verlusten und gesellschaftlicher Unterstützung für militärische Missionen zu kurz greift. So hat beispielsweise der einflussreiche konservative Kolumnist Charles Krauthammer mit Blick auf die USA darauf verwiesen, dass die Bereitschaft der amerikanischen Bevölkerung, Kriegstote zu akzeptieren, nahezu unendlich sei, solange sie der Überzeugung sei, dass es sich um einen notwendigen Krieg handele. Entscheidend ist mithin die Wahrnehmung, dass ein vitales nationales Interesse, idealerweise die Sicherheit des Staates und seiner Bürger, auf dem Spiel steht. Dieser Zusammenhang erklärt übrigens auch die trotz der nachgewiesenermaßen falschen Behauptung einer unmittelbaren Bedrohung der USA durch irakische Massenvernichtungswaffen lange Zeit anhaltende Unterstützung des damaligen Präsidenten George W. Bush, die entscheidend zu seinem zweiten Wahlsieg beitrug. Nicht Fakten, sondern die Wahrnehmung weiter Teile der amerikanischen Bevölkerung, der Regimewechsel in Bagdad habe im nationalen Interesse gelegen, war die entscheidende Determinante der gesellschaftlichen Toleranzschwelle gegenüber den horrenden Kosten aufseiten des amerikanischen Militärs und der irakischen Zivilbevölkerung.

Selbsttäuschung und Verlagerung der Verantwortung

Auch mit Blick auf Deutschland liegt trotz der hierzulande im Vergleich zu den Vereinigten Staaten stärker ausgeprägten pazifistischen Grundhaltung als Ergebnis eines historischen Lernprozesses die Vermutung nahe, dass es nicht in erster Linie die auftretenden personellen Kosten in Form von Toten und an Leib und Seele verwundeten Soldaten sind, welche die bereits seit geraumer Zeit vorhandene Ablehnung gegenüber einer Fortsetzung des deutschen Engagements begründen. Gerade der Umstand der bereits vor den

jetzt eingetretenen Verlusten in Meinungsumfragen konstant oberhalb der Fünfzig-Prozent-Marke liegenden Werte der Einsatzgegner begründet eine skeptische Haltung gegenüber einem Erklärungsansatz, der eigene militärische Verluste als primäre Ursache gesellschaftlicher Ablehnung identifiziert. Naheliegender erscheint hier die Einschätzung, dass die politische Führung es schlichtweg nicht vermocht hat, Sinn und Zweck des Engagements am Hindukusch zu kommunizieren. Schlimmer noch, mit dem viel zu lange praktizierten halsstarri- gen Festhalten an der Diktion des „Stabi- lisierungseinsatzes“, die nicht erst seit gestern in offensichtlichem Widerspruch zur Einsatzrealität steht, hat sie in der Bevölkerung bereits bestehende Zweifel an

der Aufrichtigkeit und Vertrauenswürdigkeit der Politik weiter verstärkt. Folglich sollte die Politik der Versuchung widerstehen, reflexartig die vermeintliche Risikoaversion oder die mangelnde sicherheitspolitische Expertise der Bevölkerung als Ursache für die ablehnende Haltung gegenüber dem Afghanistan-einsatz, die sicherlich durch die jüngsten Ereignisse weiter zunehmen wird, verantwortlich zu machen. Die politischen Entscheidungsträger sollten endlich den Mut aufbringen, die überfällige Diskussion über Sinn und Zweck des Engagements am Hindukusch aufrichtig zu führen. Das haben vor allem die Soldatinnen und Soldaten verdient, die tagtäglich Gesundheit und Leben im Einsatz riskieren.

Die nächste Ausgabe der Politischen Meinung
wird Anfang Juli erstmals als Doppelnummer für Juli/August
mit einem Umfang von 128 Seiten erscheinen.

In der Folge notwendiger Einsparungen
wird unsere Monatsschrift zu Fragen der Zeit
künftig statt zwölfmal nur noch **zehnmal im Jahr** erscheinen
und auch im Dezember und Januar
zu einer Doppelnummer zusammengefasst werden.

Der Schwerpunkt der folgenden Ausgabe beschäftigt sich mit

Afrika.

Hierzu schreiben unter anderen
Michael Gahler, Hartwig Fischer und Peter Molt.